



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

An alle Gasnetzbetreiber in der
Zuständigkeit der LRegB Baden-Württemberg

Nachrichtlich:
ARGEnergie e.V.
VfEW Baden-Württemberg e.V.
VkU Landesgruppe Baden-Württemberg

Stuttgart 27.05.2011

Name Herr Steinbach

Durchwahl 0711 123-2216

E-Mail Manuel.Steinbach@wm.bwl.de

Aktenzeichen 6-4455.7/30

(Bitte bei Antwort angeben!)



Rundschreiben 2011-11

Informationen zur Festlegung Datenerhebung Kostenprüfung

Anlagen

- Folien der Informationsveranstaltungen
- EHB Kostenschlüsselung mit Beispieldaten

Sehr geehrte Damen und Herren,

I. Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

zunächst möchten wir Ihnen informatorisch mitteilen, dass die Aufgaben des bisherigen Referats „Landesregulierungsbehörde, Energiekartellbehörde“ des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg mit Beschluss des Ministerrates vom 12.05.2011 zur Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien auf das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg übergegangen sind. Wir bitten Sie daher, zukünftig Ihre Schreiben an die folgende Adresse zu richten:

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Referat „Landesregulierungsbehörde, Energiekartellbehörde“

Postfach 103439

70029 Stuttgart

Die Telefonnummern und E-Mailadressen bleiben zunächst unverändert.

Kernerplatz 9 · 70182 Stuttgart (VVS: Staatsgalerie) · Hauptstätter Str. 67 · 70178 Stuttgart (VVS: Österreichischer Platz)

Theodor-Heuss-Str. 4 · 70174 Stuttgart

Telefon 0711 126-0 · Telefax 0711 126-2881 · poststelle@um.bwl.de

www.um.baden-wuerttemberg.de · www.service-bw.de



II. Gleichbehandlungszusage

Die Landesregulierungsbehörde (LRegB) hat gegenüber Vertretern der ARGEnergie e.V. am 26.05.2011 eine Gleichbehandlungszusage abgegeben, wonach zur Vermeidung einer Vielzahl von Rechtsmitteln gegen die Festlegung „Datenerhebung Kostenprüfung“ 2011 die LRegB gerichtliche Entscheidungen zu dieser Festlegung auch auf diejenigen Gasnetzbetreiber anwenden wird, die nicht selbst Beschwerde eingelegt haben. Die **Gleichbehandlungszusage gilt für alle Gasnetzbetreiber in der Zuständigkeit der LRegB** und wird hiermit im Wortlaut wiedergegeben:

„Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat als Landesregulierungsbehörde am 6. Mai 2011 die Festlegung Datenerhebung Kostenprüfung für die Gasnetzbetreiber in ihrer Zuständigkeit erlassen (Az.: 6-4455.7/30).

Durch die zwischenzeitliche Änderung der Bekanntmachung der Landesregierung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien ist die Aufgabe der Landesregulierungsbehörde nunmehr auf das Umweltministerium übergegangen.

In Bezug auf den Tenor Ziff. 2.1, 2.3 bis 2.4, die Darstellung und Dokumentation der Kostenschlüsselung von Gemeinkosten betreffen, haben die Verbände ARGEnergie e.V. und Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V. (VfEW) angekündigt, dass zahlreiche Mitgliedsunternehmen beabsichtigten, gegen die Festlegung Rechtsmittel einzulegen.

Aufgrund des Charakters der Festlegung, die alle Gas-Netzbetreiber in der Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde gleich betrifft und keine individuellen Besonderheiten aufweist, ist es im gegenseitigen Interesse der Beteiligten, die Rechtsfragen, die den Nachweis der Gemeinkostenschlüssel und deren Verwendung innerhalb der Kostenprüfung für die zweite Regulierungsperiode der Anreizregulierung betreffen, in einer möglichst geringen Zahl von (Muster-) Verfahren gerichtlich prüfen zu lassen.

Zur Abwendung einer Vielzahl von Beschwerdeverfahren, die aufgrund der Rechtsnatur der Festlegung als Verwaltungsakt von jedem betroffenen Unternehmen zur Wahrung seiner Rechtsposition geführt werden müssten, sichert die Landesregulierungsbehörde zu,

- *die Ergebnisse einer gerichtlichen Entscheidung des OLG Stuttgart bzw. des Bundesgerichtshofs (auch im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes) auf alle von der Festlegung Datenerhebung Kostenprüfung betroffenen Unternehmen zu übertragen und anzuwenden, auch wenn das jeweilige Unternehmen keine Beschwerde eingelegt hat.*

Die Gleichbehandlungszusage bezieht sich auf Tenor 2.1, 2.3 bis 2.4 der Festlegung in Verbindung mit der Anlage 1 und 2 zu dieser Festlegung. Sie bezieht sich insbesondere auf die Rechtsfrage, ob die Landesregulierungsbehörde Daten und Nachweise, die die nicht in § 10 Abs. 3 Satz 1 Ziff. 1 bis 6 EnWG genannten Sparten von Energieversorgungsunternehmen betreffen, erheben und verwenden darf. Weiterhin bezieht sie sich auf die Rechtsfrage, ob die Art und Weise der Erhebung der geforderten Daten nebst den Nachweisen hierfür unverhältnismäßigen Aufwand erfordert und daher rechtswidrig ist.“

Die LRegB bittet, zur Vermeidung des erheblichen Aufwandes für alle Beteiligten, darauf hinzuwirken, dass die Zahl der Beschwerdeverfahren im Hinblick auf die Gleichbehandlungszusage auf ein Mindestmaß, idealerweise auf ein einziges Musterverfahren, beschränkt wird.

III. Hinweise zu Verfahrenserleichterungen für kleine Netzbetreiber sowie Aufgreifschwelle

Auf Grund von Gesprächen mit dem VfEW Baden-Württemberg e.V. am 18.5.2011 wird die LRegB den Netzbetreibern, gegenüber denen die Festlegung „Datenerhebung Kostenprüfung“ in Kraft gesetzt wurde, zusätzlich die nachfolgende Verfahrenserleichterung einräumen:

Netzbetreiber, an deren Gasverteilernetz weniger als 15.000 Kunden zum 31.12.2010 unmittelbar oder mittelbar angeschlossen waren, die bis zum **01.08.2011** einen eigenen Betriebsabrechnungsbogen (BAB) bzw. nachvollziehbare Systemausdrucke zur Kostenschlüsselung einschließlich der hierzu notwendigen Erläuterungen vorlegen,

können **zunächst** von der Vorlage des Erhebungsbogens Kostenschlüsselung zum 01.09.2011 absehen. Der eigene BAB bzw. die Systemausdrucke samt den hierzu notwendigen Erläuterungen müssen aber inhaltlich die gleichen Informationen enthalten, wie sie von der LRegB in der Festlegung angefordert werden. Dazu gehören stets die Vorlage des Kostenstellenplans, die Unternehmensbeschreibung, die Darlegung der ersten und zweiten Schlüsselung samt Schlüsselbeschreibungen sowie die Darlegungen zur internen Leistungsverrechnung. Die LRegB behält sich vor, den ausgefüllten Erhebungsbogen nachzufordern, insbesondere in den Fällen, in denen die Angaben im BAB bzw. in den Systemausdrucken samt den hierzu notwendigen Erläuterungen nicht nachvollziehbar sind oder/und der Netzbetreiber **bestimmte Kennzahlen** überschreitet bzw. zu erwarten ist, dass er diese überschreitet.

Hinsichtlich der möglichen Nachforderung der zunächst nicht vorzulegenden Unterlagen gemäß des Tenors Ziffer 2.4 der Festlegung Datenerhebung Kostenprüfung sowie der oben beschriebenen Verfahrenserleichterung stellt die LRegB nachfolgend ihre Vorüberlegungen zur Einordnung – welche Netzbetreiber diese Unterlagen voraussichtlich nachliefern müssen – vor:

1. Ermittlung relevanter Kennzahlen

- a. Netzkosten¹ im Verhältnis zur Netzlänge (€/km)
- b. Netzkosten im Verhältnis zur ausgespeisten Jahresarbeit (€/kWh)
- c. Netzkosten im Verhältnis zur zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Ausspeisungen (€/kW)
- d. Netzkosten im Verhältnis zur Anzahl der Ausspeisepunkte (€/AP)
- e. Höhe der Netzentgelte des Jahres 2011 anhand verschiedener Referenzfälle (ohne Leistungsmessung: 7.000 kWh, 20.000 kWh, 35.000 kWh, 90.000 kWh, 150.000 kWh sowie mit Leistungsmessung: 2.000.000 kWh / 1.000 kW und 10.000.000 kWh / 2.500 kW)
- f. Höhe der voraussichtlichen Netzentgelten 2013² anhand verschiedener Referenzfälle

¹ Anstelle der Netzkosten überlegt die LRegB auch, nur auf die aufwandsgleichen Kosten abzustellen.

² Lineare Ermittlung anhand der Formel verprobte Erlöse 2011 im Verhältnis der voraussichtlichen Erlösbergrenze 2013.

2. Ermittlung der „auffälligen“ Netzbetreiber

Hinsichtlich der ersten vier o.g. Kennzahlen (a. bis d.) ist beabsichtigt, die Unterlagen derjenigen Netzbetreiber nachzufordern, die bei mindestens zwei Kennzahlen zur Gruppe der Netzbetreiber mit „schlechten“ Kennzahlenwerten gehören (letzte 25 %).

Bei den beiden letzten Kennzahlen (e., f.) ist beabsichtigt, die Unterlagen von den Netzbetreibern anzufordern, die bei mindestens zwei dieser Referenzfälle 10% über dem Mittelwert liegen. Insgesamt sollen die Unterlagen aber nur von maximal etwa einem Drittel aller Netzbetreiber angefordert werden, so dass die vorgenannten Grenzen ggf. nach unten oder oben anzupassen sind.

Die vorgenannten Ausführungen können grundsätzlich auch für die einzelfallbezogene Anforderung des EHB Personalkostenübersicht relevant werden, allerdings mit der Maßgabe, dass die LRegB hier anstelle der Netzkosten auf die Personalkosten abstellt.

IV. Hinweise zur Festlegung Datenerhebung Kostenprüfung, Anlage 1

Im Rahmen der Informationsveranstaltungen zur Festlegung Datenerhebung Kostenprüfung sind verschiedene Fragen aufgeworfen worden, die die LRegB nachfolgend gegenüber allen Netzbetreibern beantworten möchte. Darüber hinaus erhalten Sie in den Anlagen die Folien der Informationsveranstaltung sowie den mit Beispielesdaten ausgefüllten EHB Kostenschlüsselung.

Zu Ziffer 4.1.: Darlegung der Kostenlage

Unverbindliche Hinweise zu § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 11 ARegV: Weiterbildung (Anlage 1 S. 30)

Die Kosten der Weiterbildung umfassen neben der Position 5.11 alle Positionen, die mit der Weiterbildung der im Netzbereich beschäftigten Betriebsangehörigen zusammenhängen. Auch hier wird empfohlen, für die Nachvollziehbarkeit möglichst eine eigene Hilfskostenstelle „Weiterbildung“ einzurichten.

Zu Ziffer 4.3.: Darlegung der Kosten bei Dienstleistungserbringung durch Dritte

Übersicht Dienstleistungsverträge (Anlage 1 S. 32)

Beim Tabellenblatt „A1. Erläuterungen“ des Erhebungsbogens Kostenprüfung“ betrachtet die LRegB es als ausreichend, wenn dort in Tabelle A.1.2.6 nur die 20 wertmäßig größten Dienstleistungsverträge angegeben werden. Im Einzelfall bleiben Nachforderungen vorbehalten.

Als „Dienstleistungsverträge“ versteht die LRegB insbesondere Verträge über Tätigkeiten wie Wartungs- und Instandhaltungsleistungen, Betriebsführung, Abrechnungsdienstleistungen sowie die Erfüllung von Verwaltungstätigkeiten. Beim Erwerb von Material handelt es sich nicht um „Dienstleistungen“.

„Verbundene Dritte“ (Anlage 1 S. 33)

Unter „verbundenen Dritten im Sinne von § 10 Abs. 2 EnWG“ gemäß Ziffer 4. des Festlegungstenors und dem Abschnitt zu Ziffer 4.3 der Anlage 1 versteht die LRegB entsprechend der Verweisung in § 10 Abs. 2 EnWG „verbundene Unternehmen“ i.S.v. § 271 Abs. 2 HGB.

„Assoziierte Unternehmen“ i.S.v. § 311 HGB fallen darunter nicht.

Die LRegB behält sich vor, bei Dienstleistern, die die Voraussetzungen eines „verbundenen Unternehmens“ nicht erfüllen, im Einzelfall nähere Nachweise anzufordern. Dies gilt auch, wenn Dienstleistungsverträge zwischen dem Netzbetreiber und der Stadt bzw. Gemeinde bestehen.

Außerdem weist die LRegB darauf hin, dass auf der Internetseite der LRegB aktualisierte Erhebungsbögen eingestellt wurden. Im EHB Personalkostenübersicht wurde im Tabellenblatt „Übersicht – 1. Schlüsselung“ eine Spalte „Beschäftigungszeitraum (Angabe nur bei unterjährig beendeten oder angefangenen Beschäftigungsverhältnissen erforderlich)“ aufgenommen. Im EHB Kostenschlüsselung wurde der Blattschutz in den Tabellenblättern „BAB – 1. Schlüsselung“, „BAB – 2. Schlüsselung“, „Bilanz – 1. Schlüsselung“ und „Bilanz – 2. Schlüsselung“ entfernt, um so den Netzbetreibern die Verwendung der vorgegebenen Gruppierung der Excel-Spalten zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang weist die LRegB auch darauf hin, dass es

möglich ist, sofern die Spaltenanzahl nicht ausreichend ist, diese Tabellenblätter entsprechend zu kopieren und hier mit den Spalten fortzufahren. Im Tabellenblatt „BAB – 2. Schlüsselung“ wurde in den Spalten AB bis AD die Kontrollrechnung ILV entfernt.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung (für rechtliche Rückfragen: Herr Kirschner -2227 und für betriebswirtschaftliche Rückfragen sowie Rückfragen zu den Erhebungsbögen: Frau Broock -2155 und Herr Steinbach -2216).

Mit freundlichen Grüßen

Steinbach